



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 10 - Plenarwoche 10.-13. Februar 2003

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**



I. Allgemeine Informationen - 10 Jahre Binnenmarkt

Der Binnenmarkt feierte dieser Tage sein zehnjähriges Jubiläum. Er stellt die Erfüllung der Europäischen Verträge von 1957 dar, welche die Errichtung eines "Gemeinsamen Marktes" auf der Grundlage des freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs vorsehen.

Ein Grundprinzip ist das Verbot jeglicher Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Auch andere Kriterien wie z.B. die Gleichbehandlung von Mann und Frau gehören zu den Grundwerten Europas. Eng verbunden damit ist das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung: Eine Ware, die in einem Mitgliedsstaat der Gemeinschaft rechtmäßig hergestellt wurde, muss auch in den anderen Mitgliedsstaaten akzeptiert werden.

10 Jahre Binnenmarkt haben Europa verändert. Es wurden zahlreiche neue Arbeitsplätze und ein zusätzlicher Wohlstand in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro geschaffen. Europäer erhielten das Recht, in allen EU-Mitgliedsländern zu leben, zu arbeiten, zu studieren oder den Ruhestand zu verbringen. Personenkontrollen an Grenzen innerhalb der EU gibt es nicht mehr.

Eine neue Herausforderung bringt das Jahr 2004 mit sich: Nach der Osterweiterung im Mai 2004 gilt es sicherzustellen, daß der Binnenmarkt auch mit 452 Millionen Bürgern reibungslos funktioniert. Eine Vergrößerung des Marktes bringt mit Sicherheit weitere Erfolge mit sich, allerdings werden auch Hindernisse deutlicher zu spüren und schwieriger zu bewältigen sein.

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Liberalisierung des Daueraufenthalts von Drittstaatsangehörigen

Es geht um die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit in der EU. Hauptkriterium für die Vergabe eines Aufenthaltstitels soll nur sein, daß eine bestimmte Arbeitsstelle während drei Wochen nicht mit einem EU-Bürger besetzt werden kann. Über den Antrag auf Einreise sollen die Behörden in nur 3 anstatt 6 Monaten entscheiden. Die Einreise soll auch für die Suche nach Arbeit und den Besuch von Fortbildungskursen möglich sein. Schließlich sollen bestimmte Sozialrechte für die Begünstigten festgeschrieben werden. Zudem können die Mitgliedstaaten freiwillig noch günstigere Regelungen anwenden. Diese Vorschläge wurden mit 274:253 Stimmen von einer Mehrheit von Sozialisten (einschließlich der deutschen SPD-Abgeordneten), Grünen und Liberalen gegen die Stimmen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) beschlossen. Dazu Hans-Peter Mayer: "Die Abgeordneten der EVP befürchten eine unkontrollierbare Zuwanderung durch Arbeitsmigration. Sie verneinen angesichts der horrenden Arbeitslosenzahlen in Europa und insbesondere in Deutschland die Notwendigkeit einer weiteren Zuwanderung zur Aufnahme einer Arbeit. Gleichzeitig lehnten sie einen einklagbaren Anspruch auf Zuwanderung ab."

2. WTO-Verhandlungen zum Agrarhandel

Seit 2000 laufen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) Verhandlungen zum Agrarhandel. In einer Gemeinsamen Entschließung forderte nun das EP, daß die Priorität der Agrarverhandlungen darin bestehen muß, Handelsregeln vorzugeben, die die landwirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern fördern, ohne die grundlegenden Ziele der Agrarpolitik der EU zu gefährden. Die Abgeordneten forderten die Kommission deshalb auf, bei den Verhandlungen auf folgenden drei Zielsetzungen zu bestehen: 1) Eine Reduzierung aller landwirtschaftlichen Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen für Agrareinfuhren aus den Entwicklungsländern sowie eine Reduzierung bzw. Abschaffung von Exportzuschssen muß erreicht werden; 2) Gezielte und transparente Stützungsmaßnahmen zur Förderung von Umwelt, ländlicher Entwicklung, Beschäftigung sowie artgerechter Tierhaltung dürfen nicht handelsverzerrend sein und 3) Am Recht jedes Landes, seine eigenen Normen für Umwelt-, Nahrungsmittelsicherheit- und Verbraucherschutz festzulegen, ist festzuhalten. Die WTO-Regeln dürfen obligatorische und freiwillige Kennzeichnungssysteme nicht beschneiden.

3. Informationsgesellschaft für alle

Die wissensbasierte Gesellschaft ist Europas Zukunft. Das Plenum unterstützt den Aktionsplan eEurope der Kommission. Die in dem Aktionsplan beschriebenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für eine alle Bereiche des täglichen Lebens umfassende Informationsgesellschaft schaffen. Dadurch sollen Arbeitsplätze geschaffen, private Investitionen gefördert und die Produktivität gesteigert werden. Dabei geht es um Fragen wie Telearbeit, Online-Ausbildung, E-Commerce oder die elektronische Erledigung von Behördengängen. Gleichzeitig soll die 3. Generation mobiler Kommunikation eingeleitet und die Bürger sollen schneller mit Informations- und Kommunikationstechniken vertraut gemacht werden. Dabei soll die Interoperabilität der verschiedenen technischen Plattformen sichergestellt werden, damit der Verbraucher eine größtmögliche Auswahl zwischen den unterschiedlichen Angeboten hat. Mehr zu eEurope unter http://europa.eu.int/information_society/eeurope/index_en.htm.

4. Freier Zugang zu amtlichen Informationen

Jegliche Form von amtlich gespeicherter Information soll nach Ansicht der Abgeordneten zugänglich gemacht. Sie sprachen für eine Unterscheidung zwischen kostenlosen Basisinformationen und sonstigen Informationen aus. Letztere können gegen Bezahlung zugänglich gemacht werden. Basisinformationen sind vor allem Rechtstexte und Gerichtsentscheidungen. In einer Online-Datenbank soll die Klassifizierung der Informationen kostenlos überprüfbar sein und die Genehmigungsstelle für kostenpflichtige Informationen genannt werden.

5. Weitere Themen waren unter anderem:

- Mehr Rechte für Familienangehörige von EU-Bürgern
- Lage im Irak
- kopunktsystem für Lkw in Österreich
- Herstellung von Generika in Entwicklungsländern
- Fangdokumentation zum Schutz der schwarzen Seehechts
- Frühjahrsgipfel des Europäischen Rats

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter: www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.
